



Propagandistin

Zeitung der Abteilung 16 Grünes Dreieck

AUSGABE NR. 17 | DEZEMBER 2015

SCHWERPUNKT: FLÜCHTLINGE

Notunterkunft für minderjährige Flüchtlinge im Brüsseler Kiez
Austausch mit geflüchteten Frauen

AUS DER ABTEILUNG

Auf geht's! Wahlkampf im Wahlkreis 4 für
Andreas Wiedermann

PRO/CONTRA

Das Für und Wider von Ampeln für Radfahrer

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

in euren Händen haltet ihr die zweite und letzte Ausgabe der Propa in diesem Jahr. 2015 war von politischen Höhen und Tiefen geprägt: Die Anschläge auf Charlie Hebdo Anfang des Jahres, die schwierigen Verhandlungen am Rande der griechischen Zahlungsunfähigkeit im Sommer, aber auch die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns und die Umsetzung der BaFög-Reform zum Vorteil von über 100.000 Studierenden sind nur einige der Ereignisse, die das zurückliegende Jahr geprägt haben.

Besonders erschütternd bleiben die Gewalttaten in der französischen Hauptstadt in Erinnerung. In stiller Trauer gedenken wir immer noch der Menschen, die dem Terroranschlag vom 13. November in Paris, aber auch der anhaltenden Gewalt im Nahen Osten zum Opfer gefallen sind.

Die internationalen Entwicklungen, aber auch bundespolitische Themen, haben dabei vor unserem Kiez nicht Halt gemacht. Die Mietprelsbremse wird in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, damit Wohnen auch in unserem Stadtteil bezahlbar bleibt. Gleichzeitig stellt die Flüchtlingskrise für Berlin und auch für den Wedding eine Herausforderung dar, die für das zukünftige Zusammenleben in unserem Kiez von großer Bedeutung sein wird.

Deshalb liegt der Schwerpunkt dieser Ausgabe auf der Situation der Geflüchteten und beleuchtet das Thema von der globalen Perspektiv bis hin zum Kiez: Wie kann sich die Bundesregierung für eine schnelle und nachhaltige Bekämpfung der Fluchtursachen einsetzen? Wie kann eine effektive Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt funktionieren? Und welche Engagementmöglichkeiten gibt es vor Ort in unserem Kiez?

Dieses und viele weitere spannende Themen möchten wir euch in der vorliegenden Propa präsentieren. Wir wünschen euch ein paar beschauliche Tage im Kreis von FreundInnen und Familie und viel Spaß bei der Lektüre.

Solidarische Grüße,
euer Redaktionsteam
Bettina, Nikolaus und Moritz



*Das Propagandistin-Redaktionsteam (von l. nach r.):
Moritz Fessler, Bettina Schulze und Nikolaus Kilian*

INHALT

AUS DER ABTEILUNG UND PARTEI

Spaghetti-Essen 2016	4
Auf gehts! Wahlkampf in Wahlkreis 4	8
Gewerbespaziergänge	9
Was denkst du?	10
Wie gelingt gute Bürgerbeteiligung?	11
Laufen ist gesund!	12
Die neuen Mitglieder stellen sich vor	13
Straßenumbenennung im Afrikanischen Viertel	15
Auf dem Weg zum Elise-und-Otto-Hempel-Platz	16

BVV

Martina Matischok: Mit vollem Einsatz dabei	17
Susanne Fischer: Meine Ziele für die BVV	19
Nikolaus Kilian: Meine Kandidatur für die BVV	20

SCHWERPUNKT FLÜCHTLINGE

Notunterkunft für minderjährige Flüchtlinge im Brüsseler Kiez	21
Flucht und Arbeit	22
Austausch mit geflüchteten Frauen	23
Integration „on the spot“	24
Flüchtlingspolitik menschenwürdig gestalten	25
Verein für syrische Geflüchtete	26
Interview mit Prof. Dr. Bernhard Trautner	27

AKTUELLE THEMEN

CETA und TTIP	28
Freihandel durch TTIP?	29
Antidiskriminierung und Diversitypolitik	30
Früher war alles besser?	32

PRO/CONTRA

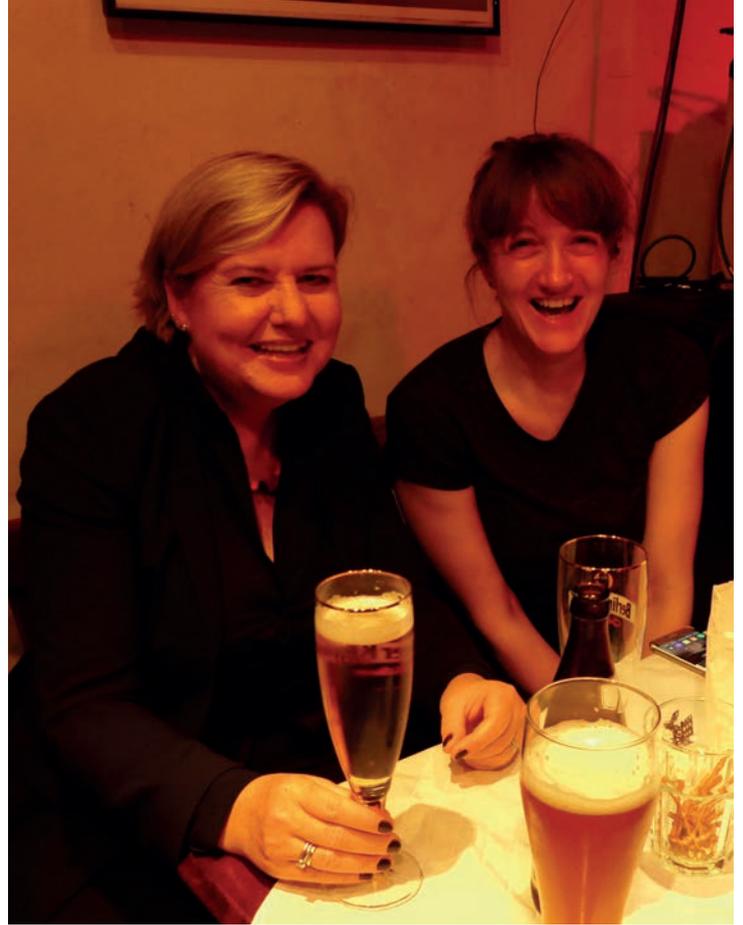
Ampeln für Fahrradfahrer	33
--------------------------	----

SPAGHETTI-ESSEN 2015

FOTOS BETTINA SCHULZE









AUF GEHT'S! WAHLKAMPF IM WAHLKREIS 4

VON ANDREAS WIEDERMANN

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Mitte vom 5.12. hat mich als Direktkandidaten für das Berliner Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 4 aufgestellt. Dank der Unterstützung der 16. Abteilung war dieser Erfolg überhaupt erst möglich. Dafür danke ich allen, die daran mitgewirkt haben. Nun geht es auf in einen spannenden Wahlkampf. Mein Ziel ist klar: den Wahlkreis direkt und souverän gewinnen. Dazu braucht es einen engagierten und innovativen Wahlkampf! Ich lade euch alle ein, diesen Wahlkampf mit mir zu gestalten und zu führen.

Zwei Themen möchte ich in diesem Wahlkampf hervorheben. Unsere Kieze im Wedding und Moabit sind in besonderer Weise von Mietsteigerungen und Verdrängung betroffen. Viele Menschen fürchten, sich ihre Wohnung in unserem Bezirk nicht mehr leisten zu können. Wir haben bereits auf allen Ebenen viel als SPD gemacht, um die Mietsteigerungen zu begrenzen. Die Mietpreisbremse, der Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau und der Kampf um Milieuschutz sind Beispiele dafür. In Zukunft müssen und wollen wir noch mehr tun, vor allem im sozialen Wohnungsbau. Dies müssen wir im Wahlkampf ansprechen.

Im Wahlkreis 4 leben und arbeiten Menschen mit den verschiedensten Hintergründen. Arbeiter und Akademiker, Menschen mit Migrationshintergrund und ohne, Zugezogene und Alteingesessene und auch Geflüchtete. Unsere Kieze können nur funktionieren, wenn Toleranz und gegenseitige Akzeptanz herrschen. Rassismus und Ausgrenzung müssen wir als Sozialdemokraten zurückweisen. Rechten Bewegungen wie BärGida müssen wir Solidarität entgegensetzen. Ich will einen antirassistischen Wahlkampf führen mit dem Ziel, den Einzug der AfD in das Abgeordnetenhaus und in unsere Bezirksversammlungen von Mitte zu verhindern.

Ich will diesen Wahlkreis 4 direkt gewinnen. Dazu muss es uns gelingen, möglichst viele Gruppen in diesem von Vielfalt geprägten Gebiet anzusprechen. Ich will auffallen, durch möglichst viele direkte Gespräche zum Beispiel bei Hausbesuchen, aber auch durch innovative Aktionen. Ich will einen kreativen Wahlkampf führen, der von Aktionen und Veranstaltungsformaten geprägt ist, die originell und neu sind. Jede Idee, etwas anders zu machen, wird willkommen sein. Damit das funktioniert, brauche ich euch, eure Ideen und euer Engagement. Mitte Januar werde ich euch alle zu einer Wahlkampfklausur einladen,



auf der ich mit euch kreative und neue Wahlkampfformen entwickeln will. Darüber hinaus könnt ihr mich natürlich jederzeit ansprechen, wenn ihr Ideen habt oder euch einbringen wollt.

Ich freue mich auf einen tollen und spannenden Wahlkampf mit euch. Gemeinsam werden wir ihn erfolgreich gestalten!

GEWERBESPAZIERGÄNGE

VON NIKOLAUS KILIAN



Auf der Wahlkampfkonferenz haben wir beschlossen, eine Arbeitsgruppe zum Thema Wirtschafts- und Gewerbepolitik im Bezirk zu gründen. Was macht gute Gewerbepolitik im Bezirk aus? Wie kann der Bezirk die Voraussetzungen schaffen, damit wir vielleicht eine höhere Gewerbevielfalt in den Kiezen haben?

Um dies herauszufinden und auch, um uns ein Bild vom Zustand der Gewerbetreibenden in unserem Abteilungsgebiet zu machen, haben wir dieses Jahr zwei Gewerbespaziergänge durchgeführt. Wir haben dabei die kleinen Betriebe besucht und uns nach Möglichkeit mit den Besitzern und Angestellten über ihre Einschätzung der Lage im Bezirk unterhalten.

Insgesamt waren die meisten der Betreiber zufrieden mit der wirtschaftlichen Lage, dem Gang ihrer Geschäfte und mit den Bedingungen in den Kiezen. Einige Bemerkungen verkehrspolitischer Natur gab es, beispielsweise zur Durchsetzung des Tempolimits der Genter Straße, Tegeleer Straße oder der Brüsseler Straße. Außerdem wurde im Sprengelkiez die Möglichkeit angesprochen, dass sich die Gewerbetreibenden untereinander und gemeinsam mit den im Kiez aktiven Vereinen, Organisationen und Parteien besser vernetzen könnten. Eine Idee, die wir grundsätzlich sympathisch fanden.

Abschließend bleibt zu sagen, dass wir viele freundliche und aufgeschlossene Gewerbetreibende kennen gelernt haben, die sich vor allem über die Kieze und die nähere Umgebung ihrer Geschäfte Gedanken machen. Wir möchten auch in Zukunft den Kontakt aufrecht erhalten.



WAS DENKST DU?

GROSSE BILDUNGSUMFRAGE DER 16. ABTEILUNG

VON NIKE MARQUARDT

Wie groß sind unsere Klassen? Gibt es genügend pädagogisches Personal? Wie klappt die Inklusion? Welchen Einfluss hat der Ruf einer Schule? Wir wollten es wissen! Hierzu gründeten wir eine Projektgruppe und erarbeiteten eine Online-Umfrage – gerichtet an SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen in unserem Kiez. Was gibt es für Probleme, wo muss die SPD aktiv werden? Darauf wollten wir Antworten – ganz konkret für unseren Kiez. Diese Antworten sollten bei der Erstellung unseres Wahlprogramms mit einfließen.

Bei unserer Umfrage haben wir durch eine Eingangsfrage nach SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen oder interessierten BürgerInnen getrennt je fünf gruppenspezifische Fragen zum Ankreuzen gestellt. Am Ende der Umfrage bestand die Möglichkeit, selbst einige Zeilen zu schreiben und so auf Missstände aufmerksam zu machen, die in der Umfrage bisher noch nicht benannt worden waren.

Beworben haben wir die Umfrage über Facebook und mittels einer Postkarte, die wir auf Festen und Infoständen verteilt haben. Außerdem schickten wir ausreichend Exemplare an die drei Schulen in unserem Kiez. Innerhalb eines Monats nahmen viele BürgerInnen an der Umfrage teil.

Wir nehmen vor allem folgende Anregungen mit: kleinere Klassen, auch im Sinne der Inklusion, allgemein mehr Lehrkräfte, insbesondere mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund und mehr männliche Lehrkräfte. Es wurden auch mehr (gute) Lehrkräfte für die so genannten Brennpunktschulen gefordert und schließlich mehr Räume für Pausen und Bewegung.

Vielen Dank an alle, die mitgemacht haben und uns Ihre Meinung mitgeteilt haben, diese wird uns bei der Erstellung des Wahlprogramms sehr helfen!



WIE GELINGT GUTE BÜRGER- BETEILIGUNG?

VON JOHANNES BERGER, UDO SACK, SEAN HENSCHEL UND BETTINA SCHULZE (PROJEKT-GRUPPE BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT)

Für uns ist klar: Bürgerinnen und Bürger müssen umfassend in politische Entscheidungen einbezogen werden. Doch wie kann das gelingen? Das diskutierten wir am 1. September auf unserer Mitgliederversammlung, die von der Projektgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ vorbereitet wurde. Ziel war es, uns für die Diskussion zum Wahlprogramm aufzustellen.

Thomas Koch führte uns in das Thema ein und nannte viele Beispiele für bürgerschaftliches Engagement im Kiez. An vielen Initiativen war und ist die Abteilung aktiv beteiligt. In kleinen Gruppen besprachen wir unser sozialdemokratisches Leitbild, das Thema BürgerInnenhaushalt als Instrument der BürgerInnenbeteiligung sowie die Frage, was wir als Abteilung tun können, um uns selbst besser in den Kiez einzubringen.

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen die Bürgerinnen und Bürger als selbständige und gestaltende Anwohnerschaft. Das war Tenor der Diskussion um das sozialdemokratische Leitbild. Wir empfinden die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern als Bereicherung. Wir wollen sie frühzeitig und aktiv in Planungsprozesse einbinden. Das bedeutet für uns, dass die politisch Verantwortlichen projekt- und themenbezogen zur aktiven Mitarbeit einladen müssen. Dabei sollten alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden. Wir sehen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern nicht als Ersatz für demokratische Repräsentation durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter, halten jedoch eine möglichst frühzeitige Einbindung für unerlässlich: Denn die Kommune der Zukunft kann nur gemeinsam gedacht werden.

Ob sich das Instrument des BürgerInnenhaushalts gut anbietet, um mehr Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, wurde von unseren Genossinnen und Genossen durchaus unterschiedlich bewertet. Hierzu sollten wir als Abteilung weiter diskutieren. Ein contra Argumente war, dass es beim BürgerInnenhaushalt für manche auch möglich sei, Eigeninteresse zu verfolgen, die das Gemeinwohl vernachlässigten. Ein pro Argument war, dass die Bürgerinnen und Bürger durch dieses Instrument an konkreten Maßnahmen beteiligt werden können. Diese Diskussion ergab also ein gemischtes Bild. Hier lohnt sich eine weitere Diskussion.

Als Abteilung sind wir schon vielfach im Kiez verankert. Es gibt viele Initiativen an denen wir als Abteilung beteiligt waren und sind. In Zukunft sollten wir unser Engagement beibehalten und weiter ausbauen. Neue und alte Möglichkeiten sich zu engagieren, gibt es viele. Die neue Notunterkunft für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge im Brüsseler Kiez ist eine aktuelle Möglichkeit, im Kiez unsere Unterstützung anzubieten.

LAUFEN IST GESUND!

VON BETTINA SCHULZE UND SUSANNE FISCHER

Nicht nur deshalb, sondern weil es auch Spaß macht, treffen wir uns seit dem Sommer regelmäßig sonntags zum Joggen. Im Sommer geht es zum Plötzensee und durch die Rehberge. In den Wintermonaten aufgrund der Lichtverhältnisse am Nordufer entlang bis nach Mitte ins Regierungsviertel und zurück.

Wir laufen in etwa 7 km. Das Tempo bestimmen die Teilnehmenden. Im Wahlkampf möchten wir die Gruppe auch nutzen, um mit den entsprechenden T-Shirts für die SPD zu werben. Auch nehmen viele von uns regelmäßig an offiziellen Laufveranstaltungen teil.

Wir freuen uns über neue Mitläuferinnen und Mitläufer aus dem Wedding! Kommt vorbei und bringt Freunde und Bekannte mit!



DIE NEUEN MITGLIEDER DER 16. ABTEILUNG STELLEN SICH VOR

ZUSAMMENGESTELLT VON MORITZ FESSLER

KONRAD RUX

- In der 16. Abteilung seit:

Im Mai 2015 bin ich offiziell eingetreten und habe mich dann auch gleich aktiv in die Abteilungsarbeit eingebracht.

- Was du sonst so machst:

Ich schreibe gerade an meiner Master-Abschlußarbeit im Fach Politikwissenschaft, was mich sicher noch bis Mitte nächsten Jahres beschäftigen wird. Ansonsten arbeite ich nebenbei als wissenschaftliche Hilfskraft am Wissenschaftszentrum Berlin. In meiner Freizeit spiele ich gerne Tennis und Fußball oder trinke Bier und treffe Freunde.

- Deshalb bin ich in SPD eingetreten:

In wissenschaftlichen Arbeiten habe ich mich immer viel mit dem Vergleich von Wohlfahrtsstaaten, Steuersystemen und industriellen Beziehungen insgesamt in Europa beschäftigt und dabei besonders mit dem sozialdemokratischen Typus. Die Charakterisierung sozialdemokratischer Politik über



starke staatliche Strukturen und Sicherungssysteme, insbesondere auch in der Vergangenheit, hat mich überzeugt und zum Mitmachen bewogen.

- Mein Lieblingsplatz im Kiez ist:

Insgesamt das Nordufer als „Freiluft-Ausgehmeile“ im Kiez, besonders aber im Sommer ein abendliches kühles Bier im Cafe Auszeit am Pekinger Platz.

- Politisch setze ich mich ein für:

Stärkere Umverteilung im Steuersystem, Erhalt und teilweise Ausbau des Sozialstaats, Ausbau der Unternehmensmitbestimmung & Festigung des Betriebsratseinflusses in den Unternehmen, Gestaltung der Lohnpolitik in Koordination mit den Gewerkschaften



WILDER HERF

- In der 16. Abteilung seit:

1. April 2015

- Was du sonst so machst:

Gute Frage, arbeite noch an einer Schule. Bin selbständig. Mache regelmäßig Sport. Habe Kätzchen, eine kleine Katze, die einiges an Zeit braucht...

- Deshalb bin ich in SPD eingetreten:

Interesse an der politischen Arbeit im Allgemeinen. Und gerne würde ich verstehen wie eine politische Partei funktioniert.

- Mein Lieblingsplatz im Kiez ist:

Verschiedene Orte, kommt auf den Zweck an. Auch einige Spätis sind darunter.

- Politisch setze ich mich ein für:

Ein lokal besseres Umfeld. Ich habe aber noch keinen Schwerpunkt gesetzt.

KOLJA LUMMERT

- In der 16. Abteilung seit:

Seit dem Frühjahr 2015 engagiere ich mich in der 16. Abteilung der SPD in Berlin. Ich bin seit dem 1. Dezember 1994 Mitglied. Von 1994 bis 1998 war ich bei den Jusos Schöneberg aktiv. Die Ukraine-Krise hat mich dann wieder davon überzeugt, in der Partei aktiv zu werden.

- Was du sonst so machst:

Wenn ich nicht bei der SPD bin arbeite ich bei der Pflegestation Meyer & Kratzsch in Berlin Tempelhof. Ich spiele gerne Brettspiele und gehe leidenschaftlich gerne Karaoke-Singen.

- Deshalb bin ich in SPD eingetreten:

Aufgrund meiner Tätigkeit bei der Pflegestation setze ich mich für die Verbesserung der Situation der ArbeitnehmerInnen aber auch PatientInnen in der Pflege ein. Generell interessiert mich der Bereich Arbeit und Soziales. Im Bereich Außenpolitik setze ich mich für Frieden und Verständigung ein.

- Mein Lieblingsplatz im Kiez ist:

Mein Lieblingsplatz im Kiez ist der Sparrplatz. Hier trifft man auf ein buntes Gemisch aus Menschen aller Altersklassen und aller ethnischen Gruppen.



SPD MITTE BESCHLIESST: **STRASSENUMBENENNUNG IM AFRIKANISCHEN VIERTEL MUSS KOMMEN**

VON JULIAN ZADO

Die SPD Mitte hat auf ihrem letzten Parteitag einen Beschluss gefasst, wonach die Lüderitzstraße, der Nachtigalplatz und die Petersallee umbenannt werden sollen. Wörtlich heißt es in dem Beschluss: "Es ist daher dringend geboten, unserem heutigen Geschichtsbewusstsein Rechnung zu tragen. Die SPD Berlin-Mitte fordert und nimmt in ihr Wahlprogramm für die Bezirkswahlen 2016 auf, dass die Lüderitzstraße, der Nachtigalplatz und die Petersallee umbenannt werden. (...)"

Allen Straßennamen ist gemeinsam, dass sie aufgrund der Kolonialvergangenheit ihrer Namensgeber belastet sind. Adolf Lüderitz, Gustav Nachtigal und Carl Peters gelten als Kolonialverbrecher, die deutsche Kolonien mit Gewalt und Betrug erobert haben. Da die Petersallee in den 1980er Jahren formal auf den Widerstandskämpfer Hans Peters umgewidmet wurde, der Kontext aber nach wie vor an Carl Peters erinnert, soll Hans Peters mit einer anderen Straße geehrt werden.

INFOBOX

Die Projektgruppe ‚Afrikanisches Viertel‘ beschäftigt sich auf Veranstaltungen und Exkursionen ständig mit der Geschichte im Afrikanischen Viertel und fordert seit Jahren die Umbenennung von Straßen. Neue Aktive sind sehr willkommen.

Für nähere Infos meldet euch einfach unter
julianzado@googlemail.com

AUF DEM WEG ZUM ELISE-UND-OTTO-HAMPEL-PLATZ

VON ANDREAS WIEDERMANN

Seit mehreren Jahren ist im Gespräch, den Platz zwischen dem Rathaus Wedding und der Schiller-Bibliothek nach Elise und Otto Hampel zu benennen. Das Weddinger Ehepaar hatte Anfang der 1940er Jahre Postkarten mit Botschaften gegen den Krieg und die Hitler-Diktatur an verschiedenen Orten in Berlin ausgelegt. Es wurde denunziert und von den Nazis hingerichtet.

Im Rahmen der Umgestaltung des Rathausvorplatzes kam die Idee auf, das Ehepaar mit der Benennung dieses zentralen Weddinger Platzes zu ehren. Neben der Stadtteilvertretung mensch.müller hat sich auch die örtliche SPD-Abteilung grünes Dreieck für diese Benennung eingesetzt. Es wurden gemeinsam Unterschriften gesammelt und durch Aktionen und Veranstaltungen öffentlich über die Hampels informiert.

Auch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat sich einstimmig für die Benennung des Platzes nach Elise und Otto Hampel ausgesprochen, das Bezirksamt sah von der Umsetzung bisher allerdings ab, weil der Eigentümer der Fläche, die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM), sich dagegen ausgesprochen hatte. Sie befürchtete Probleme bei der Orientierung durch einen neuen Namen.

Nun gibt es einen neuen Anlauf für den Elise-und-Otto-Hampel-Platz. Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Umwelt der BVV Mitte hat auf eine SPD-Initiative hin einstimmig das Bezirksamt aufgefordert, ein Signal an die BIM zu senden, dass die Benennung des Platzes erwünscht ist. Die BIM hatte im Sommer bei einer Begehung des Platzes gegenüber der Stadtteilvertretung mensch-müller erklärt, dass sie sich einem solchen Wunsch nicht widersetzen würde. Es sieht also so aus als wäre der Weg nun frei, um das mutige Ehepaar Hampel im Weddinger Zentrum gebührend zu ehren.

DU BIST JUNG UND MÖCHTEST DICH POLITISCH ENGAGIEREN?

Dann komm zu den Jusos!

Die Jusos sind die Arbeitsgemeinschaft junger Menschen in der SPD. Die Jusos im Bezirk Mitte treffen sich meistens am 1. und 3. Mittwoch im Monat um gemeinsam zu diskutieren und politische Projekte voranzubringen.

INTERESSE?

Dann melde dich unter info@jusosmitte.de

Infos über uns und unsere Projekte findest du auch auf unserem Blog unter www.jusosmitte.de.

MIT VOLLEM EINSATZ DABEI!

MARTINA MATISCHOK-YESILCIMEN



Ich verspreche, mit vollem Einsatz die sozialdemokratischen Ziele in der BVV Mitte zu verfolgen für einen lebens- und liebenswerten Bezirk Mitte in all seiner Vielfalt. Ich verspreche in meinem Bemühen um die Zielerreichung, nicht aus den Augen zu verlieren, für wen und in welcher Art und Weise die sozialdemokratischen Ziele verfolgt werden. Im Fokus stehen immer die Interessen der Bürgerinnen und der Bürger, wengleich es nicht immer möglich sein wird, es allen gleichermaßen recht zu machen. Eine offene und transparente Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern versteht sich gerade deswegen von selbst. Für Ziele vehement einzustehen bedeutet mitreden, gestalten und entwickeln. Dies mit der notwendigen Durchsetzungskraft und der Kooperationsfähigkeit, Entscheidungen auch im Konsens treffen zu können.

Ich möchte, dass es allen Menschen im Bezirk gleich gut und nicht gleich schlecht geht. Die sozial gerechte und gesunderhaltende bzw. gesundheitsfördernde Entwicklung im Bezirk Mitte steht dabei im Vordergrund. Ich bin stolz, in einem Bezirk zu leben und mich politisch engagieren zu können, der einzigartig alles bietet. In Mitte wird gearbeitet, gewohnt, geshoppt, verweilt und Freizeit verbracht. Das Leben pulsiert in allen Facetten im Bezirk und das soll so bleiben. Dabei gilt es aber, sich dafür zu engagieren, dass die sozialen Defizite ausgeräumt werden.

Um dies zu erreichen stehe ich

- für Gemeinsamkeit. Ich setze mich ein für Menschen: Dabei gilt mein Engagement gleichermaßen Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen – Jung – alt – älter, vom Säugling bis zu Senior*innen ohne Ausgrenzung oder Klassifizierung. Dabei setze ich auf Zufriedenheit als Basis von Miteinander im Füreinander. Ich setze mich durch mein Wirken in unterschiedlichen Politikbereichen für gegenwärtige Perspektiven, d. h. im jeweiligen „Hier und Jetzt“ und in der Entwicklung von Zukunftsperspektiven ein. Dies zur Beförderung sozialen Denkens und Handelns, gegen Fremdenhass und Antisemitismus.
- für mehr Wohnraum. Das bedeutet das Ersuchen zum Erschließen von Fläche für Wohnungsneubau unter Berücksichtigung von Sozialverträglichkeit. Dazu gehört das Angebot an insbesondere bezahlbaren und behindertengerechten Wohnungen, der Bestandsschutz bestehender Angebote z. B. im Rahmen der Kinder- und Jugend- sowie Sozialarbeit und die Sicherung der Sportangebote insbesondere Sportfreiflächen, die Beachtung der Barrierefreiheit und der Erhalt oder zumindest Ersatz unserer Grünflächen, unseres Baumbestandes, unserer Naherholungsangebote.
- für Barrierefreiheit. Menschen mit und ohne Behinderung oder Erkrankung sollen sich in unserem Bezirk wohl und sicher fühlen. Die städtebauliche Berücksichtigung von Besonderheiten ist von zentraler Bedeutung. Hierzu gehören u. a. akustische und visuelle Hilfen z. B. Fahrbahnmarkierungen für sehbehinderte Menschen, Handläufe in Gebäuden, Kneeling-Busse, Frauenparkplätze. Aber auch der Abbau von Sprachbarrieren und die Kompensation von Sinnesbeeinträchtigungen sind unter Barrierefreiheit zu verstehen.
- für kulturelle Angebote, Begegnungen, Bewegung und Sport. Die gestalterische und sportliche Betätigung im Bezirk u. a. in künstlerischen Bereichen wie der Musikszene, der Malerei, des Ausstellungswesens, der Dicht- und Schauspielkunst, der Architektur und des sportlichen Angebots bietet Möglichkeiten für wirtschaftliche Entwicklung, Freizeitgestaltung und Begegnungsstätten. Bewegung und Sport gilt es überall zu fördern – im Freizeit- und Breitensport, genauso wie im Vereinssport. Menschen werden dabei gleich behandelt, unabhängig davon ob ich Amateuren oder Profis, behinderten,

erkrankten oder gesunden Menschen gegenüber trete. Die Vielfalt bei den kulturellen und sportlichen Aktivitäten, die gerade Berlin-Mitte bietet, ist zu fördern und weiter auszubauen.

- für Wirtschaftsförderung. Die unternehmerischen Aktivitäten mit der damit verbundenen Kompetenz ist in Berlin-Mitte herausragend. Kleine und mittlere Unternehmen, Großbetriebe, weltweit führende Unternehmen z. B. Siemens mit dem Moabiter Gasturbinenwerk oder Takata, einer der Marktführer für Insassenschutzsysteme. Wirtschaftliche Verbände und Projekte stärken den Bezirk durch Übernahme unternehmerischer Verantwortung. Beispielhaft ist das Schaufensterprojekt zur Elektro-Mobilität dabei zu nennen. Immer wieder ist von Gründer- und Forschungszentren anderer Stadtteile zu hören. „Unser“ Technologie-Park Humboldthain hat das Know-How für innovative Ideen, Produktionen, Untersuchungen und Forschungen. Dort verbindet sich Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Forschung. Die Vernetzung gilt es zu unterstützen, weiter voranzutreiben und in analogen Bereichen aufzubauen.

- für Gleichberechtigung und für Inklusion. Ich setze mich ein für gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und am Schul- und Arbeitsleben. Dabei geht es um die Gleichheit der Geschlechter (Frauen, Männer und Transgender...), um die Gleichstellung von Jung und Alt, um die Gleichstellung von behinderten und nicht behinderten Menschen, um die Gleichheit von Menschen unabhängig ihrer Herkunft und Religion. Lohngerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Aufbrechen des traditionellen Rollenverständnisses, Zugänglichkeit aller Berufe unabhängig vom Geschlecht, Aufzeigen von Missstände und Ungerechtigkeiten und Nennung von Positivbeispielen. Dafür „auf die Straße gehen“ und zu demonstrieren oder im Stillen zu recherchieren, um diesbezügliche Erfolge anderer Regionen auf Übertragbarkeit prüfen zu können, sind nur einige Beispiele meines politischen Einsatzes.

- für ein attraktives Stadtbild und eine gesunde Umwelt. Dabei bin ich initiativ für den Erhalt des Systems von Altglassammelbehältern in Wohnanlagen, für Spiel-, Frei- und Sportflächen, gepflegte Parks und andere Naherholungsangebote. Ich möchte Bewegungsmöglichkeit an vielen Ecken des Bezirks u. a. mehr Bolzplätze, Tischtennisplatten, Basketballkörbe, Fitness-

Outdoor-Geräte und Trimm-Dich-Pfade. Ich möchte mehr Sitzgelegenheiten und Trinkwasserspender im öffentlichen Raum. Ich möchte bepflanzte Mittelstreifen und Baumscheiben, die den Bienen zu Gute kommen und das Auge erfreuen. Ich wünsche mir Streuobstwiesen und Obstbäume auf allgemeinzugänglichen Flächen. Erinnerungskultur zum Gedenken und Lernen zur nachdenklichen Besinnung, zur Erweiterung des Horizontes oder einfach nur zum Erfreuen, was „Schönes“ zu sehen.

Ich stelle mich gegen das unkontrollierte Aufstellen von Altkleidersammelcontainern, gegen Spielhallendichte, gegen Wettbüros und Café-Casinos.

Wo meine Arbeitsschwerpunkte Ende 2016 sein werden, wird sich nach der Wahl entscheiden. Erstmal offen für „Alles“ mit der Bereitschaft sich auch in neue oder noch nicht so vertraute Themengebiete einzuarbeiten, möchte ich mich für ein tolerantes, vielfältiges Berlin-Mitte im sozialen Gleichgewicht weiter stark machen. Kurz: Ich möchte alle Menschen im Bezirk mitnehmen. Dafür setze ich mich mit vollem Einsatz ein!

MEINE ZIELE FÜR DIE BVV-MITTE AB 2016

SUSANNE FISCHER



Ich könnte sehr einfach anfangen: Ich würde wirklich gerne die Chance haben, mir meine Ausschüsse auszusuchen (etwas, was als Nachrückerin in die BVV leider nicht so einfach ging), einfach weil man so die Ausschussarbeit besser aufeinander abstimmen und bestimmte Themenkomplexe wirklich komplett abdecken kann.

In der nächsten Legislaturperiode möchte ich die SPD Fraktion weiterhin im Frauenbeirat vertreten, eine tolle Arbeit, die mir sehr viel Spaß macht und unglaublich interessant ist. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich einen oder zwei Ausschüsse hätte, die sich noch direkter mit den Anliegen der Bürger beschäftigen.

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden ist daher mein erster Wunsch. Wenn möglich, würde ich auch gerne im Ausschuss für Bildung, Kultur und Umwelt weiterarbeiten, um meine Erkenntnisse aus meiner bisherigen Zeit in der BVV besser einbringen zu können.

Am Ende würde ich mich freuen, wenn es die BVVler aus dem Grünen Dreieck noch öfter schaffen würden, mit den Leuten im Kiez in Kontakt zu treten, z.B. bei Bürgergesprächstunden oder Kiezspaziergängen. Wir machen ja schließlich Politik für sie – und mit ihnen gemeinsam macht es auch mehr Spaß.

MEINE KANDIDATUR FÜR DIE BVV

NIKOLAUS KILIAN



Soziale Gerechtigkeit und Gerechtigkeit durch Bildung sind sozialdemokratische Ziele, die uns alle einen, die mich auch persönlich umtreiben, politisch und beruflich. In der Schulpolitik habe ich durch meine tägliche Praxis im Umgang mit Schule einen Blickwinkel, der meines Erachtens einen Gewinn für die Fraktion darstellen könnte. So unterrichte ich momentan an einer Schule, die in Zusammensetzung der Schülerschaft und Sozialstruktur mit vielen Schulen in Mitte vergleichbar ist. Ich kann daher die Perspektive der Lehrerinnen und Lehrer in Mitte, aber auch die der Eltern nachvollziehen, könnte aber durch meine eigenen Erfahrungen als Korrektiv zum Beispiel für Erwartungen und realistische Ziele wirken.

Ein mir wichtiges Anliegen, das aus meiner Praxis stammt, wäre die bessere Beschulung von schulpflichtigen Geflüchteten. Willkommensklassen sind super und bieten eine gute Basis für die Integration in den Regelunterricht. Das reicht aber noch nicht, um zum Beispiel den Mittleren Schulabschluss zu erlangen. Es gilt, eine begleitende Anschlussförderung zu schaffen, welche die Kinder und Jugendlichen nach der Willkommensklasse weiter betreut, um sie nicht im Regelunterricht an der Sprache scheitern zu lassen. Hier kann der Bezirk sich auch nicht vor der Verantwortung drücken.

Klar, Bildungspolitik ist erst einmal Landespolitik, aber auch der Kreis hat durchaus Möglichkeiten. Beispielsweise wird über die Zusammensetzung der Willkommensklassen im Bezirk entschieden. Es kommt vor, dass hier 12 bis 17jährige gemeinsam unterrichtet werden, dass hier Analphabeten, die noch nie in einer Schule gewesen sind, gemeinsam mit Geflüchteten Deutsch lernen, die neben ihrer Muttersprache auch noch flüssig Englisch sprechen. Das ist für LehrerInnen eine unglaubliche Herausforderung und sorgt meines Erachtens dafür, dass die KollegInnen am Ende keiner der Gruppen gerecht werden können.

Eine weitere Idee: Kreuzberg bietet an der VHS Sprachkurse Arabisch für HelferInnen an. Das ist eine gute Sache, die ich unterstützen würde. Genauso könnte auch eine ergänzende und begleitende Deutsch-Förderung für die schulpflichtigen Geflüchteten eine Möglichkeit sein, das Erlernen der neuen Sprache zu unterstützen.

Als einen weiteren Schwerpunkt meiner Arbeit würde ich mich gern in der Verkehrspolitik einbringen und mich für die Stärkung der Radfahrerinnen und Radfahrer in Mitte einsetzen. Es gibt in unserem Bezirk viele Radwege, die nicht zumutbar sind, viele Straßen, die Radwege gebrauchen könnten – auf denen teilweise schon Radwege geplant, aber noch nicht umgesetzt wurden. Hier möchte ich mich auf allen Ebenen für eine Verbesserung dieser Situation einsetzen.

NOTUNTERKUNFT FÜR MINDERJÄHRIGE UNBEGLEITETE FLÜCHTLINGE IM BRÜSSELER KIEZ

VON ANDREAS WIEDERMANN UND BETTINA SCHULZE

Der Saal bei der Informationsveranstaltung im Rathaus Wedding ist überfüllt. Viele AnwohnerInnen müssen stehen. So groß ist das Informationsbedürfnis zur neuen Unterkunft für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge im Brüsseler Kiez.

In Mitte gibt es derzeit 13 Einrichtungen für Flüchtlinge. Im Brüsseler Kiez wird die Jugendherberge in der Antwerpener Straße zukünftig insgesamt bis zu 184 Kindern und Jugendlichen Schutz zu gewähren, die ohne ihre Eltern hier ankamen. Sie erhalten dort gemäß des Jugendschutzgesetzes nicht nur eine Unterkunft, sondern auch eine sozialpädagogische Betreuung. Die meisten Kinder und Jugendlichen sind aus Syrien und Afghanistan zu uns geflüchtet.

Bei der Veranstaltung wurde berichtet, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter den Geflüchteten insgesamt zunehme. Die Zahl wäre im letzten Jahr um ca. 5% gestiegen und steige weiter an. Die Träger der Notunterkunft berichteten, dass die Kinder und Jugendlichen nach der langen Reise vor allem Ruhe bräuchten. Befürchtungen von AnwohnerInnen, es könnte zu Ruhestörungen kommen, konnten somit entkräftet werden.

Insgesamt wurde bei der Veranstaltung großes Interesse und Solidarität mit den jungen Geflüchteten deutlich. Eine Anwohnerin fasste diese Stimmung am Schluss gut zusammen: „Wir sagen alle Herzlich Willkommen“. Das sagen wir auch als 16. Abteilung. Es ist uns ein großes Anliegen, die jungen Menschen bei uns im Kiez willkommen zu heißen und nach unseren Möglichkeiten zu unterstützen.

FLUCHT UND ARBEIT

DIE INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN IN UNSEREN ARBEITSMARKT IN DER DEBATTE

VON KONRAD RUX

Am Dienstag, den 13. Oktober um 19 Uhr trafen sich auf Einladung der 9., 10., 13., 15., 16., 17. Abteilung der SPD Mitte, der AfA- und der AG Migration & Vielfalt Mitte verschiedene ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen, um über Arbeitsmigration & Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete zu diskutieren. Konkret ging es dabei insbesondere um erste Praxiserfahrungen nach der Neuregelung in diesem Jahr, wonach Flüchtlinge in der Regel nach drei Monaten arbeiten dürfen und die Vorrangprüfung nach 15 Monaten entfällt. Dabei fielen die Erfahrungsberichte über Integrationserfolge von Flüchtlingen in den Berliner Arbeitsmarkt durchaus kontrovers aus:

So betonten Dr. Eva Högl (MdB & stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion) und Boris Velter (Staatssekretär für Arbeit, SenArbIntFrau) zunächst die Erfolge bei der Arbeitsmarktintegration in den letzten Monaten und würdigten die teils erhebliche Mehrarbeit der MitarbeiterInnen der Berliner Behörden. Zudem verwies Frau Högl auf verbesserte Bleibemöglichkeiten für gut integrierte Jugendliche, Heranwachsende und Langzeitgeduldete sowie auf die einjährige Duldungsfrist während der Ausbildung. Beide Maßnahmen waren Bestandteil eines Kompromisses im Rahmen des Gesetzespaketes auf Bundesebene mit wesentlichen Änderungen im Asylrecht, die überwiegend am 24. Oktober 2015 in Kraft getreten sind.

Demgegenüber berichteten Georg Classen (Flüchtlingsrat Berlin e.V.) und Diana Henniges (Moabit Hilft e.V.) aus der Perspektive der Menschen vor Ort. Frau Henniges schilderte die teilweise anhaltenden sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten bei Behördengängen und kritisierte die begrenzten Kapazitäten für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. Auch erste Erfolge bei der Arbeitsvermittlung im Rahmen der Landesinitiative „Arrivo“ in Berlin sind ihrer Meinung nach nicht ausreichend, da die dort zur Verfügung gestellten Plätze in keinem Verhältnis zur Menge der Gesamtbewerber stehen. Herr Classen kritisierte zudem die partielle Schlechterstellung der Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt durch die Änderungen des Gesetzespaketes zum Asylrecht.

Alev Deniz (Mitglied der SPD Fraktion in der BVV Mitte) erzählte insbesondere von den Problemen bei der Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsstellen auf der Bezirksebene. Hier bedarf es noch einiger Überzeu-

gungsarbeit in den Betrieben. Zudem stellen Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten oftmals erhebliche Hürden bei der Arbeitsvermittlung dar.

An genau diesen Punkten versucht Constantin Terton (Bereichsleiter Wirtschaftspolitik, IHK Berlin) anzusetzen. Seiner Meinung nach sollten Pilotprojekte wie „Arrivo“ ausgebaut werden, um Vermittlungshemmnisse systematisch abzubauen und mehr Stellen in den Betrieben für Flüchtlinge zu schaffen. Herr Terton will dabei vor allem auf Kommunikation und Dialog mit den Betrieben vor Ort setzen.

Insgesamt hat sich an den unterschiedlichen Positionen und Bewertungen der einzelnen TeilnehmerIn gezeigt, dass auf Bezirks- und Landesebene in Berlin noch viel politische Sacharbeit zu leisten ist, weshalb einige Impulse aus der Diskussion an diesem Tag in die Vorbereitung des Wahlprogramms 2016 einfließen sollen.

Besonderen Dank an diesem Abend gilt noch Svenja Marie Linnemann für die souveräne und professionelle Moderation und Markus Pauzenberger für die einführenden Worte, sowie Dr. Maja Lasic für die abschließenden Worte.

AUSTAUSCH MIT GEFLÜCHTETEN FRAUEN

VON JULIA PLEHNERT

Nicht über, sondern mit geflüchteten Frauen wollte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) reden. Und so haben sie im November Frauen einer Erstaufnahmeeinrichtung in Mitte zu einem Abend unter Frauen eingeladen.

Ein zentrales Thema des Abends war die Gesundheitsversorgung. Neben einer unzureichenden Aufklärung über das Gesundheitssystem, ist die Übersetzung bei Terminen das größte Problem. Es fehlt an qualifizierten Übersetzerinnen, die auch das Fachvokabular übersetzen können. Aufgrund der sehr intimen Situation bei Arztbesuchen, ist es sehr wichtig, dass die Geflüchteten durch Frauen begleitet werden.

Sehr intensiv wurde auch über eine menschenwürdige Unterbringung und das Ankommen in Berlin gesprochen. Die katastrophale Situation am Lageso wurde beschrieben: Frauen mit kleinen Kindern werden niedergetrampelt und kranke Menschen müssen stundenlang stehen, um abends doch unverrichteter Dinge wieder zu gehen. Die Situation in der Unterkunft ist besser, aber nicht gewaltfrei. Es fehlen Frauenzimmer, in denen sie sich zurückziehen können und weibliches Security-Personal. Der Wunsch nach einer eigenen Wohnung hat alle Frauen geeint, diese sind jedoch schwer zu finden, da Vermieter Vorurteile haben und die Suche nicht unterstützt wird.

Den dritten Schwerpunkt des Abends bildete das soziale Leben, viele der Frauen berichteten uns, dass sie an den kostenpflichtigen Deutschkursen teilnehmen. Jedoch ist die Kinderbetreuung, auf die die Frauen rechtlich einen Anspruch haben, nicht gewährleistet. Meist wird sie durch Ehrenamtliche gestemmt, die keine pädagogische Ausbildung haben und keine verlässliche Betreuung sicherstellen können. Die Frauen freuen sich über das Freizeitangebot in der Unterkunft, das lediglich um eine psychosoziale Beratung ergänzt werden sollte.

Alle Anwesenden haben sich über diesen besonderen Austausch nur unter Frauen sehr gefreut und wollen ihn in Zukunft fortführen. Im Dezember wollen die Frauen zum nächsten Austausch zusammenkommen.

INTEGRATION ON THE SPOT

DIE KIEZINITIATIVE „START WITH A FRIEND“

VON MORITZ FESSLER

Im Rahmen der Kiezinitiative „Start with a Friend“ werden in so genannten „Tandems“ Geflüchtete aus der ganzen Welt an Interessierte aus Berlin vermittelt. Die BerlinerInnen haben dabei die Möglichkeit, Geflüchtete direkt kennenzulernen und ihnen bei ihren ersten Schritten nach der Ankunft zu helfen. Dazu gehört neben Unterstützung bei Behördengängen oder Wohnungssuche auch die Hilfe beim Zurechtfinden in der neuen Kultur und Sprache. Im Gegenzug entstehen aus vielen Tandems Freundschaften, in denen auch die Geflüchteten den UnterstützerInnen ihre Kultur und Lebensweise nahebringen.

Gegründet wurde die Initiative, die berlinweit aktiv ist und mittlerweile mehr als 120 Tandems vermittelt hat und betreut, im Brüsseler Kiez. Das Abteilungsmitglied Franziska Birnbach hatte über Reporter ohne Grenzen den Kontakt zu einem geflüchteten Journalisten aus Syrien bekommen. Die anschließende Hilfe bei Wohnungssuche und Verwaltungsprozessen rund um die Asylbewerbung gestaltete sich allerdings ausgesprochen mühselig. Aus dem Gedanken heraus, diese Problematik betreffe sicherlich auch andere Tandems, entschied sich Franziska für die Erarbeitung eines Leitfadens. Dieser fasst alle wichtigen Fragen rund um Asylrecht und die nötigen Behördengänge zusammen. Um den entwickelten Leitfaden zukünftig direkt mit einer Kontaktvermittlung zwischen UnterstützerInnen und Geflüchteten zu verbinden, gründete Franziska schließlich die Initiative Start with a friend.

Seit einem halben Jahr wird sie von ihrem Freund Alexander Rosenthal, der ebenfalls Abteilungsmitglied ist, unterstützt. Die Initiative unterscheidet sich von anderen Tandeminitiativen neben ihrem Leitfaden dadurch, dass sie einen regelmäßigen Stammtisch organisiert, bei dem sich mehrere Tandems treffen. Dabei ist eine Plattform entstanden, auf der sich die verschiedenen Tandems über Schwierigkeiten austauschen oder sich gegenseitig Tipps geben können. „Bei den Stammtischen helfen sich die Tandems gegenseitig, sich im Bürokratiedschungel rund um die Asylbewerbung zurecht zu finden. Außerdem haben sowohl die BerlinerInnen als auch die Geflüchteten die Möglichkeit, ihren Bekanntenkreis zu vergrößern und mehr Leute kennenzulernen“, erläutert Alexander.

Zentrales Anliegen der Initiative ist dennoch zunächst die Vernetzung von Geflüchteten mit der lokalen Bevölkerung. Dazu gibt Start with a friend den Geflüchteten in einem ersten Schritt die Möglichkeit, die Initiative in einem Einzelgespräch kennenzulernen. Berliner UnterstützerInnen, die an einem Tandem mit Geflüchteten interessiert sind, werden in einem Gruppengespräch von der Initiative interviewt. Dabei ist besonders wichtig, dass die UnterstützerInnen zu dauerhaftem Engagement

bereit sind. „Die zeitliche Komponente ist für uns von hoher Relevanz. Wir möchten den Geflüchteten möglichst jemand vermitteln, der bereit ist, einen längerfristigen Integrationsprozess zu begleiten“, erklärt Alexander. „Ansonsten steht die Initiative für ein niedrigschwelliges Angebot: Vorkenntnisse sind weder für Geflüchtete noch für UnterstützerInnen nötig. Über Sprachkenntnisse aus der Region, wie z.B. Arabisch oder Farsi, freuen wir uns zwar, allerdings ist das natürlich kein Muss“.

Der exponentielle Anstieg von Nachfragen belegt nach knapp einem halben Jahr Arbeit den Erfolg des Konzeptes: Zurzeit warten über hundert Geflüchtete und mehr als 700 UnterstützerInnen auf eine Vermittlung. Gleichzeitig liegt hier auch das größte Problem: Die Initiative, die auf ehrenamtlicher Arbeit basiert, hat nicht genügend organisatorische Kapazitäten, um die steigende Nachfrage nach Vermittlung zu bearbeiten. Für das Organisationsteam sucht Start with a friend deshalb noch nach Unterstützung, im besten Fall von Interessierten mit Verwaltungserfahrung oder Erfahrung in der Arbeit mit Geflüchteten.

Gerade die große Anzahl an UnterstützerInnen, die sich bei der Initiative gemeldet haben, zeigt: Die Menschen im Kiez und in ganz Berlin sind neugierig und interessiert an den Geflüchteten, wollen mehr über ihre Lebensweise und Herkunft wissen, möchten gerne helfen. Damit dieses Interesse nicht einfach ungenutzt bleibt und auch die Geflüchteten die Möglichkeit haben, ihre Geschichten zu erzählen und in ihrer neuen Heimat anzukommen, sind Initiativen wie Start with a friend besonders wertvoll. Denn mit ihrem Konzept einer unterstützenden Vernetzung von Geflüchteten und UnterstützerInnen helfen sie nicht nur dabei, Menschen unterschiedlichster Hintergründe und Kulturen zu verbinden, sondern machen auch den Kiez mit ihrer Idee einer lebendigen und dynamischen Integrationskultur ungemein reicher.

FLÜCHTLINGSPOLITIK MENSCHENWÜRDIG GESTALTEN

VON DR. EVA HÖGL

Derzeit befinden sich weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht – dies ist die höchste Zahl, die jemals vom UNHCR verzeichnet wurde. Immer mehr Menschen suchen auch bei uns Schutz vor Verfolgung, Krieg und Terror in ihren Heimatländern. Allein in Berlin sind in diesem Jahr bis Ende Oktober mehr als 51.000 Flüchtlinge angekommen. Gewiss stellt die große Anzahl zu uns kommender Flüchtlinge unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen, doch haben wir eine humanitäre Verantwortung, möglichst vielen Menschen Schutz zu bieten.

In den letzten Wochen hat die Bundesregierung entschlossen gehandelt und umfassende Maßnahmen beschlossen, um die Aufnahme Asylsuchender besser zu steuern, Asylverfahren zu verkürzen, Länder und Kommunen bei der Versorgung und Unterbringung zu unterstützen und die rasche Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive zu fördern. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir uns erfolgreich für wichtige Verbesserungen in diesen Bereichen eingesetzt – vom Stellenaufwuchs beim Bundesamt für Migration über zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau, Sprachkurse und die Betreuung alleinreisender minderjähriger Flüchtlinge. Unser oberstes Ziel ist eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung der Asylsuchenden sowie ihre schnelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch frühen Spracherwerb und Arbeitsmarktintegration.

Aus diesen Gründen haben wir uns als SPD-Bundestagsfraktion immer wieder klar positioniert und unverhältnismäßige Verschärfungen im Asylrecht verhindert. Hierzu gehören ein entschiedenes Nein zu Transitzonen, in denen geflüchtete Menschen grundlos inhaftiert werden, und eine ebenso deutliche Absage an einen Aufnahmestopp von Asylsuchenden. Für uns ist das Recht auf Asyl ein unantastbares Grundrecht, das keine Obergrenzen kennt.

Zur Wahrheit gehört jedoch, dass auch unsere Mittel und Kapazitäten begrenzt sind. Ganz alleine ist die Flüchtlingssituation nicht zu bewältigen. Deshalb müssen wir uns deutlich stärker engagieren. In Europa brauchen wir mehr Solidarität und Gerechtigkeit bei der Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen. Weltweit müssen wir Fluchtursachen bekämpfen und die Länder unterstützen, die derzeit die meisten Flüchtlinge aufnehmen und versorgen.

Nur wenn wir national wie international den Weg weitergehen, den wir bislang eingeschlagen haben, wird es uns gelingen, möglichst vielen Menschen Schutz und eine neue Perspektive in unserer Gesellschaft zu bieten.

VEREIN FÜR SYRISCHE GEFLÜCHTETE

VON KATRIN BENZENBERG UND BENJAMIN VRUJAK

Die Bilder der chaotischen Verhältnisse am Berliner LaGeSo durfte man in letzter Zeit zu Genüge sehen. Das Ankommen der Geflüchteten zeigt aber viel tiefer greifende Probleme auf, als das Nichtfunktionieren der Erstaufnahmen: die alltägliche Bürokratie.

So erkennt der registrierte Geflüchtete schnell, dass er nach dem Bescheid größtenteils auf sich alleine gestellt ist. Die Amtssprache Deutsch wird bei jedem Verwaltungsakt vorausgesetzt. Der Weg zu einem selbstständigen Leben wird so für viele Geflüchtete in der neuen Heimat zur Farce.

Vor diesem Hintergrund gründete sich 2014 der Verein „Salam“ in der Buttmanstr. 9 im Wedding. Hier nehmen syrische Geflüchtete ihr Schicksal selbst in die Hand. Bereits angekommene Geflüchtete und Deutsche mit syrischem Migrationshintergrund helfen Neuankömmlingen sich in Deutschland und dem dazugehörigen Dschungel aus Anträgen zurechtzufinden. Der Verein ist mittlerweile zu einer bekannten Anlaufstelle im Wedding avanciert.

Wir kamen mit dem Verein in Kontakt, da einer der Mitbegründer unser Arabischlehrer in Damaskus war. So nahmen wir an einzelnen Veranstaltungen vor Ort teil und erfuhren so das Potential und auch die Magnetwirkung eines solchen Ortes für Neuankömmlinge in Berlin. Neben der Arbeit mit Geflüchteten steht „Salam“ auch für den Austausch zwischen diesen und der Berliner Bevölkerung. So wurden auch gerne mal Tische und Bänke vor die Tür gestellt, um während des Ramadan in diesem Jahr mit den Nachbarn der Straße gemeinsam das Abendessen einzunehmen oder Konzerte gemacht, bei denen alle dabei sein konnten, die es wollten.

Aufgrund der positiven Erfahrungen planen wir gemeinsam ein Projekt mit dem Namen „Suriya tuhaki Berlin – Berlin tuhaki Suriya“ (1) für Februar 2016. Ziel des Projektes soll der oben betitelte Austausch sein. So wird es die Möglichkeit geben, Köstlichkeiten der arabischen Küche zu probieren und syrische Musik live zu erleben, während die Syrer die Möglichkeit erhalten, sich mit ehemaligen Gefangenen in Hohenschönhausen auszutauschen und den Bundestag zu besuchen. Im Weiteren wird es auch eine Buchausstellung eines syrischen Verlages geben, der eine neue Heimat in Berlin gefunden hat und eine Ausstellung von Kinderbildern aus dem Krieg.

(1) Deutsch: Syrien und Berlin stellen sich vor

„DER EURO IST EFFIZIENTER AM ANFANG DER KETTE INVESTIERT“

INTERVIEW VON MORITZ FESSLER

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Bernhard Trautner war bis Anfang des Jahres als stellvertret. Referatsleiter im Referat Naher Osten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig, arbeitet jetzt am Institut für Entwicklungspolitik, Bonn und lehrt an der Universität Tübingen. Im Interview erläutert er, in welchem Rahmen sich Deutschland an der Bewältigung der Krise in und um Syrien beteiligt hat und welche Faktoren zusätzlich zur Flüchtlingsbewegung aus Syrien und den Nachbarländern beitragen.

Herr Prof. Dr. Trautner, Sie haben über drei Jahre im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Krise in Syrien begleitet. Worin genau bestand Ihre Aufgabe in diesem Rahmen?

Prof. Dr. Bernhard Trautner: Die Bewältigung der Krisenfolgen war meine Hauptaufgabe. Das beinhaltet in Kooperation bzw. Ergänzung der humanitären Hilfsmaßnahmen des Auswärtigen Amtes zunächst die Unterstützung der Nachbarländer, besonders Jordanien. Warum Jordanien? Zwischen Deutschland und Jordanien gab es bereits eine bilaterale Kooperation im Bereich Wasser, an der leicht angeknüpft werden konnte, da sich die Flüchtlinge aus Syrien gerade in den Landesteilen niedergelassen haben, in der diese Kooperation genutzt wird. Wie auch im Libanon lebt der überwiegende Teil der Flüchtlinge in den Gemeinden und nicht in großen Lagern und nutzt die bestehende Infrastruktur in den aufnehmenden Städten und Gemeinden. Unterstützte man nur die Flüchtlinge wäre, ein Verteilungskampf zwischen Aufnahmegesellschaft und Syrern vorprogrammiert. Wenn man es so sagen will trinken die Syrer den Jordanern jetzt das Wasser weg, was diese in 10 Jahren brauchen. Deutschland hat sich deshalb mit Unterstützung bei Wasserversorgung, Wasserleitungen und Wasserentsorgung eingebracht, beispielsweise in Form von energieeffizienten Wasserpumpen oder einer Verstärkung und Verbesserung der lokalen Infrastruktur.

Was sind für Sie die Hauptursachen für die Flucht der Menschen aus Syrien?

Prof. Dr. Bernhard Trautner: Die Menschen verlassen ihre Heimat erst, wenn keine Alternative innerhalb des Landes mehr gegeben ist. Viele der Flüchtlinge, die heute in Libanon, Jordanien und in der Türkei leben, waren zuvor schon mehrfach innerhalb Syriens geflohen. Weil sie nicht anständig versorgt werden können, fliehen sie nun weiter nach Europa. So wird die Flüchtlingskrise und die fehlende Bewältigung durch die Internationale Gemeinschaft selbst zur Fluchtursache. Da wiederholt sich allerdings die Geschichte. Schon vor dem arabischen Frühling

waren ca. 10% der Bevölkerung Syriens Flüchtlinge bzw. Binnenvertriebene, die im Zusammenhang mit der Dürre der Jahre 2006-2010 geflohen waren. Dazu kamen die Flüchtlinge, die vor dem Bürgerkrieg im Irak seit 2003 geflohen sind. Und wenn man noch einen Zyklus in der Geschichte zurückgeht, kommen noch palästinensische Flüchtlinge hinzu, eine heute noch besonders vulnerable Gruppe.

Heute ist der Krieg in Syrien die wesentliche Fluchtursache für die Menschen und auch heute fliehen mehr Menschen vor der Gewalt in Syrien als vor dem Islamischen Staat. Vor zwei Monaten gab es eine Umfrage der Organisation „Adopt a revolution“, in der syrische Flüchtlinge in Deutschland befragt wurden, warum sie überhaupt fliehen. Das Ergebnis war eindeutig: Fast alle fliehen vor Gewalt. Die überwiegende Anzahl machte dafür das Regime verantwortlich, eine Minderheit macht den Islamischen Staat für ihre Flucht verantwortlich. Eine weitere wichtige Fluchtursache ist die entstandene Gewaltökonomie in der Region: Entführungen und das „Verschwinden lassen“ von Menschen, um mit den Einnahmen die Kriegführung zu finanzieren.

Wenn Sie an Ihre Zeit im Ministerium zurückdenken, würden Sie heute etwas anders machen?

Prof. Dr. Bernhard Trautner: Wenn man ein fixes Budget hat, kann man es entweder für die Bewältigung der Krise einsetzen oder das tun, was die Entwicklungspolitik eigentlich macht: Länder dabei unterstützen, dass sie Lebensbedingungen schaffen, bei denen die Menschen bleiben möchten. Sozusagen schon am Anfang der Kette verhindern, dass Entwicklung – die nie krisenfrei ist – nicht abrupt scheitert, also Fluchtursachen entstehen. Der Zielkonflikt sollte offen thematisiert werden: Gibt man das Geld nur für die Bewältigung aus oder auch für die nächste Generation der Krisen, also präventiv?

Es weiterhin richtig, sowohl die multi-lateralen Organisationen wie das Kinderhilfswerk, bilateral GIZ und KfW und die Zivilgesellschaft zu unterstützen, die mit ihren lokalen Partnern nah an den Flüchtlingen und sogar in Syrien bei den Vertriebenen ist. Die Ansätze während meiner Zeit im Ministerium waren richtig, aber das Volumen hat nicht gereicht, um zu verhindern, dass aus der Krise eine weitere Fluchtursache wird. Es fehlt nach wie vor an Ressourcen, um am Anfang der Kette einen wesentlichen Unterschied zu machen.

Danke für das Gespräch!

Prof. Dr. Bernhard Trautner: Hat mich gefreut.

TTIP UND CETA

WO STEHEN WIR UND WIE GEHT'S WEITER?

VON FABIAN FISCHER

Nach rund zwei Jahren hitziger Diskussion dürfte jedes Parteimitglied etwas mit den vier Buchstaben CETA anfangen: Das Comprehensive Economic and Trade Agreement zwischen der Europäischen Union und Kanada. Noch bekannter ist seine große Schwester TTIP, das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Während TTIP immer weiter in die Ferne rückt, steht CETA kurz vor dem Abschluss. Daher möchte ich mich im Folgenden auf dieses Abkommen konzentrieren. Es ist in jedem Fall in seinen Ausführungen und Bestimmungen die Blaupause für TTIP und damit ohne Probleme mit diesem vergleichbar.

CETA wurde bereits im September 2014 als ausverhandelt verkündet. Mit einem pompösen Staatsakt feierten die damalige kanadische Regierung und die EU-Kommission den Abschluss der Verhandlungen. Seit dem befindet sich der Vertrag im sog. „legal scrubbing“, der Rechtsfähigkeitsprüfung und der Übersetzung in alle Amtssprachen der EU. Da es sich um 1600 Seiten Wirtschaftss Englisch handelt, braucht das Zeit. Allerdings sehr viel mehr Zeit, als man damals annahm. Die Termine zur Veröffentlichung von CETA und damit der Prozess der Ratifizierung des Vertrages wurden immer weiter nach hinten verschoben. Grund dafür sind der anhaltende Druck aus der Bevölkerung und die Warnungen des Europäischen Parlaments, dass der Vertrag so wie er besteht nicht die Zustimmung der Abgeordneten finden wird. Soweit, so gut.

Es ist etwas befremdlich, dass einige TTIP/CETA-Gegner*innen nicht realisieren (wollen), dass bereits einiges im Kampf gegen die bestehenden Freihandelsabkommen und für eine bessere Handelspolitik erreicht wurde. Nur durch verschiedene Aktionen, Einsprüche, Anträge, Demos etc. konnte auf vielen verschiedenen Ebenen bei den Entscheidungsträgern an der Spitze – Sigmar Gabriel, Cecilia Malmström, Bernd Lange (Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament) u.a. – ein Bedenken oder sogar Umdenken erreicht werden. Jedem ist doch inzwischen klar, dass CETA nicht einfach so von den Parlamenten verabschiedet werden kann, sondern, dass das Abkommen entweder entscheidend geändert werden muss oder scheitert.

Das heißt nicht, dass alle Streitpunkte bereits ausgeräumt sind – ganz im Gegenteil. CETA enthält meiner Meinung nach gravierende Mängel, die auch eindeutig dem Beschluss des SPD-Parteikonvents um September 2014 widersprechen. Die Investor-Staat-Schiedsverfahren sind

hier ein Punkt. Die neuen Vorschläge zu einem Handelsgerichtshof sind sowieso noch nicht ausgereift. Vor allem aber sind sie in CETA bisher nicht hineinverhandelt. Aber es darf sich nicht allein auf den Investorenschutz konzentriert werden: Ich halte es für inakzeptabel, dass keine verbindlichen und sanktionsbehafteten Arbeits- und Sozialstandards wie den Kernarbeitsnormen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) in den Abkommen vereinbart sind. Eine sozialdemokratische Partei sollte sich gerade in dem Bereich ArbeitnehmerInnenrechte viel stärker einsetzen. Wenn man schon Sigmar Gabriels Logik folgt – dass diese Abkommen Standards setzen sollen – dann müsste der Parteivorsitzende gerade in diesem Punkt nachlegen. Genauso kritisch ist die fehlende Absicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die sog. regulatorische Kooperation zu sehen, die für eine ordentliche parlamentarische Demokratie gefährlich wirkt.

Die Stimmung an der Parteibasis und in den Landesverbänden machen die rund 60 Anträge gegen TTIP/CETA deutlich, die zum Bundesparteitag vorliegen. Es bleibt zu hoffen, dass die Parteispitze diesen Impuls aufnimmt und die kritische Haltung der SPD stärker zur Geltung kommt. Ob CETA und TTIP zu retten sind, ist ungewiss. Aber eine „Rettung“ gegen den Willen der Partei schadet am Ende dem Freihandel und der SPD.

FREIHANDEL DURCH TTIP?

EIN ANGRIFF NICHT NUR AUF UNSERE DEMOKRATIE.

KOMMENTAR VON KOLJA LUMMERT

Durch einen SchülerInnenaustausch in den 90er-Jahren hatte ich die Gelegenheit, einen Teil der USA, nämlich Cincinnati (Ohio), kennenzulernen. Vielfach wird die Gastfreundschaft des Südens gerühmt, doch muss ich sagen, dass die Amerikaner dem in nichts nachstanden. Sie haben uns freundlich aufgenommen und ihre Stadt gezeigt. Zu keinem Zeitpunkt kann ich behaupten, dass mir etwa langweilig gewesen wäre. Solche Erlebnisse wie auch die eng verflochtene Geschichte von den USA und Deutschland ließen mich schon in jungen politischen Jahren darüber nachdenken, ob man gerade im Bereich der Wirtschaft nicht ebenso wie mit den anderen Europäern auch mit den Amerikanern enger zusammenarbeiten und wirtschaftliche Hindernisse beiseite räumen könnte.

Dies alles sollte zum Vorteil der BürgerInnen beiderseits des Atlantiks sein. Gute Ideen hätten einen noch fruchtbareren Boden, unsinnige bürokratische Hindernisse könnten bei Seite geschafft werden und man könnte sich Arbeitsplätze auf beiden Seiten erhoffen. So in etwa klingt meist auch die Werbung für das aktuell geplante Freihandelsabkommen TTIP. Neben der Abschaffung bürokratischer Hemmnisse sollen auch die unterschiedlichen Standards angeglichen werden, was einen effizienteren Handel möglich machen soll. Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen wird versprochen.

Was mich zunächst aber nachdenklich stimmte ist die Geheimnistuerei um TTIP. Was doch allen Vorteile bringen soll darf noch nicht einmal von allen Abgeordneten unseres Landes ebenso wenig von allen VolksvertreterInnen der USA und wenn, dann nur unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen eingesehen werden? Es lohnt sich sicher, einmal genauer hinzuschauen. Was dann jedem Beobachter wohl gleich ins Auge fällt sind die unabhängigen Schiedsgerichte, bei denen die Firmen von den jeweiligen Regierungen Schadensersatz fordern können, so sie durch unwillkommene Gesetze der einzelnen Länder an dem durch TTIP versprochenen Freihandel gehindert werden. Wie diese Schiedsgerichte zusammengesetzt sein werden bleibt vielfach im Dunklen, auf jeden Fall handeln sie abseits der Judikativen.

So können etwaige hinderliche soziale, die Gesundheit schützende oder auch ökologische Gesetze, die von der gewählten Regierung erlassen werden, zu horrenden Schadensersatzforderungen führen, die der Steuerzahler dann bezahlen muss. Er wird für seine politischen Fehlentscheidungen bestraft. Zweifelhaft sind auch die zunächst positiv klingenden Wachstumswahlen, die man sich von TTIP verspricht, gelten sie doch für einen Zeitraum bis 2027. Steigt etwa das Bruttoinlandsprodukt tatsächlich um 0,5 %, so sind das etwa 0,05 % pro Jahr. Selbst eine gar steigende Arbeitslosenzahl kann nicht ausgeschlossen werden. Im Glücksfall wird sie um einen geringen Teil sinken. Größte Verlierer sind aber die Entwicklungs- und Schwellenländer. So könnte beispielsweise Mexiko als einer der größten Verlierer nach einer Prognose des Ifo-Instituts bis zu 7,2 % des Pro-Kopf-Einkommen einbüßen.

Eine Alternative zu TTIP wäre ein Abkommen, das die Demokratie der einzelnen Länder nicht angreift. Es muss zum Vorteil der Bevölkerung sein und deren Gesetze akzeptieren. Sinnlose Zölle oder bürokratische Hindernisse könnten beiseite geräumt werden. Dies alles könnte ohne die Schaffung von Schiedsgerichten, die Konzerne vor kritischen BürgerInnen schützen sollen, passieren. Ähnliche Abkommen könnten mit den Entwicklungs- und Schwellenländern getroffen werden, um deren Nachteile zu dämpfen.

ANTIDISKRIMINIERUNG UND DIVERSITÄTSPOLITIK

VON MARLENE KÖLLING

Am 3. 11. 2015 stand das Thema „Instrumente der Antidiskriminierungs- und Diversitypolitik“ auf der Tagesordnung der MV der 16. Abteilung. Mit Marlene Kölling hatten wir uns dazu eine Referentin aus der Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung eingeladen. Sie hat für die Propagandistin noch einmal einige Punkte ihres Berichts zusammengefasst:

„Nächstes Jahr wird ein Gesetz 10 Jahre alt, das nicht unbedingt jederfrau und jedermann bekannt ist: Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Es gewährt Schutz bei Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, des Alters, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder der Religion.

Diskriminierungen gehören jedoch immer noch zum Alltag vieler Menschen. Auch in Berlin. Das reicht vom Wohnungsmarkt (die Aussage „Tut mir leid, die Wohnung ist schon vergeben“ hören manche WohnungsbewerberInnen deutlich öfter als andere...) bis hin zum Erwerbsleben. Ein paar Fakten:

- ein türkischer Name kann die Wahrscheinlichkeit, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, um 14% senken.
- im Rahmen einer repräsentativen Meinungsumfrage gab jede/r Fünfte der Befragten an, schon einmal aufgrund des Alters diskriminiert worden zu sein. Dies trifft übrigens für Jüngere wie Ältere gleichermaßen zu.
- die Arbeitslosenquote der Menschen mit Behinderung ist doppelt so hoch wie die der Menschen ohne Behinderung.
- Trans* Menschen berichteten zu 30% über Diskriminierung während der Suche nach einem Arbeitsplatz.
- 12% der in Berliner Tageszeitungen veröffentlichten Stellenanzeigen sind als AGG-kritisch einzustufen, weil sie zum Beispiel nicht geschlechts- oder altersneutral ausgeschrieben sind. Paradebeispiel: „Suche jungen dynamischen Bauleiter“.

Dies sind Zahlen, die durch Studien und vor allem durch viele persönliche Erfahrungen belegt sind. Sie zeigen, wie wichtig es beispielsweise ist, für mehr

Objektivität, Chancengleichheit und Vielfalt in Bewerbungsverfahren zu sorgen. Anonymisierte Bewerbungsverfahren, wie sie ja auch eine deutliche Mehrheit der Berliner SPD-Mitglieder befürworten, weisen da den richtigen Weg.

Das AGG hat zweifellos ein wichtiges Signal gegen Diskriminierung gesetzt. Aber es zeigt in der Praxis auch deutliche Schwächen. Um die wichtigsten zu nennen:

- Diskriminierungssensible Lebensbereiche, wie Bildung und behördliches Handeln, sind vom AGG nicht erfasst.
- Die Fristen für eine Klageeinreichung sind mit zwei Monaten viel zu knapp gesetzt.
- Die Last, sich gegen eine Diskriminierung zu wehren, liegt allein auf Schultern des Diskriminierungsopfers. Da wäre ein Verbandsklagerecht wichtig.

Hier nachzubessern ist natürlich in erster Linie Aufgabe des Bundesgesetzgebers, allein - es fehlt die Zuversicht, dass das unter den gegebenen politischen Bedingungen angepackt wird.

Aber auf Landesebene – genauer für den Bereich, der in die Gesetzgebungskompetenz des Landes fällt - ist es durchaus möglich, den rechtlichen Diskriminierungsschutz zu stärken. Stichwort ist da ein „Landesantidiskriminierungsgesetz“ (LADG). Es kann zwar nicht alle Lücken des Bundesgesetzes schließen, aber doch mindestens die zentralen Bereiche des behördlichen Handelns und des Bildungswesens in Berlin in den Diskriminierungsschutz einbeziehen. Die Verwaltung könnte zudem mittels eines LADG in Pflicht genommen werden, Diversity-Prozesse verbindlich umzusetzen und damit der Vielfalt von Menschen und ihrer Lebensentwürfe besser gerecht zu werden. Nicht zuletzt ist es wichtig, die Beratungsangebote für Menschen, die Diskriminierung erlebt haben, abzusichern und weiterzuentwickeln.“

Der Schutz vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht, dessen Gewährleistung für eine solidarische Gesellschaft und für die SPD von hoher Bedeutung ist. Berlin, das 2007 als erstes Bundesland eine Antidis-

kriminierungsstelle auf ministerieller Ebene eingesetzt hat, ist hier fachpolitisch ausgesprochen gut aufgestellt und hat mit Dilek Kolat an der Spitze immer wieder starke Akzente gesetzt. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz könnte sozusagen noch eine Schüppe draufgelegt werden.

Dies hat die 16. Abteilung getan und den Antrag „Antidiskriminierungspolitik stärken – Diskriminierungsschutz verbessern – Diversity als Querschnittsaufgabe verankern“ auf den politischen Weg gebracht.

IMPRESSUM

Die Propagandistin ist die Mitgliederzeitung der Abteilung 16 – Grünes Dreieck in Berlin Mitte.

Abgedruckte Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Abteilung oder der Partei wider.

V.i.S.d.P.:

**16. Abteilung Grünes Dreieck SPD Mitte
 Andreas Wiedermann, Müllerstraße. 163,
 13353 Berlin**

Chefredaktion:

**Moritz Fessler, Nikolaus Kilian, Bettina Schulze
 Kontakt: nikolaus.kilian@gmail.com**

Layout und Satz: Nike Marquardt

Redaktion und AutorInnen:

Kathrin Benzenberg, Johannes Berger, Daniel Choinovski, Moritz Fessler, Fabian Fischer, Susanne Fischer, Sean Henschel, Dr. Eva Högl, Nikolaus Kilian, Malene Kölling, Kolja Lummert, Nike Marquardt, Martina Matischok, Julia Plehnert, Konrad Rux, Udo Sack, Bettina Schulze, Andreas Wiedermann, Benjamin Vrujak, Julian Zado

FRÜHER WAR ALLES BESSER ODER IST DIE JUGEND HEUTE UNPOLITISCH?

VON DANIEL CHOINOVSKI

Politisch desinteressiert sind junge Leute gewiss nicht. Das zeigen die Ergebnisse der jüngst erschienenen SHELL-Jugendstudie. Denn junge Menschen zwischen 12 und 25 Jahren haben eine Meinung. Und das zu vielen verschiedenen Themen.

Bildung ist dabei von zentraler Bedeutung. Jugendliche wissen, wie wichtig der Schulabschluss für eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt ist. Drei Viertel der Jungen sind optimistisch hinsichtlich ihres Berufseinstiegs. Alarmierend ist: Knapp ein Viertel jedoch nicht.

Fast allen Jugendlichen ist ein sicherer Arbeitsplatz wichtig, ebenso aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Junge Menschen wollen ihre Arbeit flexibel gestalten und an ihre Bedürfnisse anpassen können. Aber nicht nur ihre konkrete Lebensrealität, sondern auch die weltpolitische Lage treibt die Jugend um. Die Angst vor Terrorismus und Krieg in Europa beschäftigt eine Mehrheit der jungen Menschen. Sie wünschen sich für Deutschland eine vermittelnde Rolle in der Welt und keine militärischen Interventionen.

Mit Blick auf aktuelle Debatten und weitere Beiträge in dieser Zeitung ist interessant: Die Mehrheit der 12 bis 25-Jährigen ist offen für Zuwanderung. Die Angst vor AusländerInnenfeindlichkeit ist hoch. Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zur älteren Generation. Aber wie bringt sich diese Jugend nun politisch ein? Was tun junge Menschen, um ihre Interessen durchzusetzen? Mit dem politischen Interesse steigt auch die Bereitschaft der Jugendlichen, sich zu engagieren. Jedoch begegnen sie Parteien eher skeptisch und wollen sich lieber mit spontaneistischen Aktionen und in losen Zusammenhängen engagieren als sich mit einem Parteieintritt positionieren. Ihr Vertrauen in Parteien ist eher gering. Insbesondere auch Frauen sind den politischen Prozessen in Parteien eher skeptisch gegenüber eingestellt.

Was heißt das für uns? Es ist viel zu tun! In der 16. Abteilung ist uns die Einbindung von jungen Menschen, insbesondere auch Frauen, wichtig, wir wollen auch durch kreative Aktionen für Politik und unsere Inhalte begeistern. Wir achten in unserer Arbeit darauf, alle mitzuneh-

men – egal, ob jung oder alt, Frau oder Mann, 40 Jahre SPD-Mitglied oder ganz neu dabei. Kommt vorbei, bringt FreundInnen mit und gestaltet unsere Abteilung!

Zum Hintergrund: Die SHELL-Jugendstudie wird seit 1953 regelmäßig durchgeführt und beleuchtet die Sichtweisen und Erwartungen der Jugend sehr umfassend. Die Ergebnisse der 17. SHELL-Jugendstudie können im Detail unter www.shell.de nachgelesen werden.

Zum Autor: Daniel Choinovski ist 27 Jahre alt und arbeitet als Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen beim SPD-Parteivorstand. Daniel ist seit 2007 Mitglied der SPD, lebt seit Ende 2011 in Berlin und ist Mitglied unserer Abteilung.

PRO KEINE ROTEN AMPELN FÜR RAD- FAHRER

VON BETTINA SCHULZE

Ich gehöre wahrscheinlich zu den wenigen Menschen, die mit dem Fahrrad schon mal einen Punkt in Flensburg „erfahren“ haben. Bei roter Ampel über die Straße, auch wenn dies Sonntagsnachmittag bei komplett menschenleerer Straße geschah und kein Auto weit zu sehen war, sollte man mich als Rowdy-Radfahrerin wahrscheinlich nicht in die Nähe von kleinen Kindern lassen.

Andererseits: Die Situation für Radfahrerinnen und Radfahrer in Berlin ist wirklich etwas für Hartgesotene. Vor lauter ständigem an Ampeln stehen, Autos umkreisen, die auf Radwegen rumstehen und sich durch die stark befahrenen Straßen zu schlängeln, ist wirklich kein Vergnügen. Es wird Zeit, dass Berlin endlich Radfreundlicher und damit auch lebenswerter wird. Denn als Radfahrer leiste ich viel zum Gemeinwohl.

Ich verschwende keine Ressourcen, verursache keine Staus, nehme niemanden den Platz weg und verpeste nicht die Luft.

Es könnte noch viel mehr Menschen geben, die wie ich mit dem Rad zur Arbeit fahren. Wenn man Radfahren attraktiver machte. Dazu gehören Radwege und eine bessere Lenkung des Verkehrs. Aber man könnte es RadfahrerInnen noch viel einfacher machen. Wenn es der Verkehr zulässt, sollte jede/r Radfahrer/in rote Ampeln ignorieren können. Für RechtsabbiegerInnen mit motorisiertem Untersatz gibt es das schon lange. Das entsprechende Zeichen heißt „grüner Pfeil“.

Die Spielregeln: Herantasten, Verkehrslage überprüfen, losfahren. Dann brauche ich auch beim Warten keine Abgase mehr einzuatmen oder stundenlang in Staus rumzustehen. Das macht es für mich, aber auch für alle anderen attraktiver. Noch besser wäre es, rote Ampeln für RadfahrerInnen komplett durch Achtung- Vorfahrt Signale zu ersetzen.

Wenn ich niemanden behindere, darf ich die Straße überqueren. Ulrich Leth von der TU Wien nennt das: „Sinnvolle Legalisierung von bereits weitverbreiteten Verhalten“. Recht hat er.

CONTRA BEIM RADFAHREN GILT: SICHERHEIT VOR GESCHWINDIGKEIT

VON MORITZ FESSLER

Gerade erst im August hat das Thema, ob Radfahrer in Zukunft unter Umständen auch bußgeldlos über eine rote Ampel fahren dürfen, auch die Berliner Politik bewegt. Die Grünen-Fraktion hatte in einem Vorstoß erbeten, die so genannte Idaho-Regelung in einem Pilotprojekt in Berlin zu erproben. Dabei können Radfahrer eine rote Ampel wie ein Stoppschild behandeln – anhalten, Verkehr beurteilen, weiterfahren. Der Vorstoß der Grünen wurde jedoch im Senat ausgebremst: Die Regelungskompetenz bei der Straßenverkehrsordnung läge ausschließlich beim Bund, Pilotprojekte seien damit in Berlin nicht umsetzbar. Auf Bundesebene setzt sich schon seit längerer Zeit ein Bündnis aus Linkspartei, Grünen und Verkehrsexperten für eine Lockerung der Rotlichtpflicht bei Fußgängern und Radfahrern ein. Argumentiert wird dabei besonders mit guten Erfahrungen in Paris, Basel und Amsterdam. Hier dürfen Fußgänger und Radfahrer unter bestimmten Umständen die Ampel auch bei Rot überqueren. Die Bundesregierung wehrt sich jedoch gegen den Vorschlag, und das nicht ohne Grund.

Zunächst zwingt die hohe Geschwindigkeit, mit der Prozesse im täglichen innerstädtischen Straßenverkehr ablaufen, alle VerkehrsteilnehmerInnen dazu, sich an einen einfachen Regelkatalog zu halten: Bei Rot stehen, bei Grün gehen. Die wesentliche Veränderung, auf die der Vorstoß abzielt, würde für enorme Unsicherheiten sorgen. Autofahrer wären selbst bei einer grünen Ampel nicht sicher, ob sie ohne Fußgänger oder Radfahrer zu gefährden eine Kreuzung überqueren können. Radfahrer oder Fußgänger wiederum müssten erst an jeder Kreuzung feststellen, ob die „Idaho“ Regeln überhaupt gelten. Denn das diese nicht an jeder Kreuzung gelten können, liegt auf der Hand. Man stelle sich „freie Fahrt“ für Fußgänger und Radfahrer an der Kreuzung Müller/Seestr. vor. Das Ergebnis wäre eine Katastrophe. Und auch das vergessen viele Befürworter einer neuen Regelung: Bei dem Vorhaben geht es nicht darum, einen neuen Farbton für Zebrastreifen auszutesten, sondern Menschenleben stehen auf dem Spiel. Die Unfallstatistiken des letzten Jahres sprechen dabei eine recht deutliche Sprache – über 7.000 Unfälle mit Radfahrerbeteiligung, alleine in Berlin. 197 davon durch Radfahrer verursacht, die eine rote Ampel ignorierten. Auf Bundesebene gab es mehr als 70.000 Unfälle mit Radfahrerbeteiligung, knapp 400 davon mit tödlichen Folgen für die Radfahrer.

Mit der Abschaffung der Rotlichtpflicht würde außerdem gerade für Kinder der Umgang mit dem Verkehr deutlich erschwert. Besonders für sie sind einfache Regeln der Schlüssel zu Sicherheit im Straßenverkehr.

Der Wunsch, den innerstädtischen Verkehr mit der Abschaffung der Rotlichtpflicht für Radfahrer und Fußgänger attraktiver zu gestalten und die Bußgeldverfahren wegen Überquerung einer roten Ampel zu verringern (allein in Berlin sind im ersten Halbjahr dieses Jahres über 9.000 Verfahren gegen Radfahrer eröffnet worden) steht einem deutlichen Sicherheitsrisiko für die BürgerInnen gegenüber.

Und bei der Abwägung zwischen Sicherheit und Geschwindigkeit für Fußgänger und Radfahrer sollte die Politik den Schutz der Gesundheit ihrer BürgerInnen immer bevorzugen.

